

»No Action«

Die amerikanische Reaktion auf die Invasion der Tschechoslowakei im August 1968

Von Günter Bischof

Der Sommer war in vielen Beziehungen ein heißer im Schlüsseljahr 1968. Der nicht endenwollende Vietnamkrieg zog sich dahin und überschattete die gesamte amerikanische und Weltpolitik. Im Februar 1968 überraschte Nordvietnam die Amerikaner mit einer massiven landesweiten Offensive mit dem Beginn des Neujahrs Tet. Ende März beschloß Präsident Lyndon B. Johnson Ende März schweren Herzens, sich nicht für seine Wiederwahl im Herbst zu bewerben. Im August wurde der angesehene Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King, der auch zu einem Gegner des Vietnamkriegs geworden war, in Memphis ermordet. Als Robert Kennedy, der sich mit einer populären Anti-Vietnamkriegs-Plattform für die Kandidatur der Demokratischen Partei bewarb, im Juni am Abend seines Sieges bei der Vorwahl in Kalifornien erschossen wurde, avancierte Vizepräsident Hubert Humphrey zum führenden Kandidaten. Johnson zwang aber Humphrey weiterhin, seinen Krieg in Vietnam zu unterstützen, was dem republikanischen Kandidaten Richard M. Nixon im November mit einer Plattform, in der die »Vietnamisierung des Krieges« und der Rückzug versprochen wurden, schlußendlich zum Wahlsieg verhalf. Beim Parteikonvent der Demokraten im August in Chicago stand die Diskussion über den Vietnamkrieg im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, während sich meist junge Anti-Vietnamkriegsdemonstranten außerhalb der Konventshalle mit der Polizei von Chicago regelrechte Straßenschlachten lieferten – eine Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten, die bürgerkriegsähnlichen Zuständen glich. Im Jahr 1968 kulminierten nicht nur in den USA die Spannungen zwischen den Generationen.¹

Mit seinem angekündigten Rückzug aus

dem Weißen Haus schmiedete der alte Politprofi Johnson am historischen Erbe seiner Präsidentschaft. Am Erfolg seiner Innenpolitik konnte es wenig Zweifel geben. Mit dem historischen Durchbruch seiner Bürgerrechtsgesetze von 1964/65 (allgemeines Wahlrecht für Schwarze und ökonomische Unterstützung der Ärmsten in den Ghettos der Großstädte) verhalf er der endgültigen Gleichstellung der Afro-Amerikaner zum Durchbruch. Aber die »Hure Vietnam«, wie er einmal sagte, überschattete diese historische Leistung.² Nun wollte er der Entspannungspolitik mit der Sowjetunion in den letzten Monaten seiner Präsidentschaft ebenfalls zu einem Durchbruch verhelfen, um auch in der Außenpolitik ein markantes politisches Vermächtnis zu hinterlassen. Als er 1964 zum Präsidenten gewählt wurde, leitete er rasch verbesserte Beziehungen zur Sowjetunion und zu Moskaus osteuropäischen Klientelstaaten ein. Diese Politik des »Brückenbaus« (*»bridge building«*) war Voraussetzung für die Entspannungspolitik. Dazu gehörte auch die ungemein komplexe Diplomatie, die im Juli 1968 zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (*Nuclear Nonproliferation Treaty* = NPT) führte, der damit in die Ratifizierungsphase in den nationalen Parlamenten kam. Der NPT wurde aber erst von Präsident Nixon dem Senat zur Ratifizierung vorgelegt, da Johnson nach dem Einmarsch in der Tschechoslowakei den Senat nicht in dieser Sache reizen wollte. Die Verhinderung der weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen ist auch noch heute ein zentraler Punkt der Agenda der internationalen Politik, sicherte aber damals schon den Supermächten eine Monopolstellung im »nuklearen Klub«. Im Sommer 1968 wollte Johnson mit den Sowjets in Verhandlungen

über die Limitierung von Raketen und strategischen Waffensystemen einen weiteren Durchbruch in der Entspannungspolitik erzielen.³

Für den Morgen des 21. August war eine Pressekonferenz im Weißen Haus angesagt, bei der ein Besuch Präsident Johnsons Anfang Oktober in Leningrad zu Gipfelgesprächen mit der Kreml-Führung bekanntgegeben werden sollte. Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei machte aber einen solchen Gipfel und damit Johnsons Vermächtnis als Entspannungspolitiker und als Vater der Strategic Arms Limitation Talks schlagartig zunichte. Anstatt sich auf nukleare Rüstungsbeschränkung zu konzentrieren und die Entspannungspolitik zu forcieren, mußte sich das Johnson-Team in den letzten Augusttagen 1968 aufs Krisenmanagement konzentrieren.⁴

Die amerikanische Reaktion auf den Prager Frühling

In Washington blickte man im Spätfrühling 1968 gespannt nach Prag auf die zunehmend gewagte Agenda der Reformkommunisten um Alexander Dubček und den eskalierenden Druck der kommunistischen Bruderländer auf die Tschechoslowakei. Mit der Aufhebung der Pressezensur und der explodierenden freien Meinungsäußerung in der Tschechoslowakei nahmen die Einschüchterungskampagne Moskaus und die feindselige Propaganda der Bruderländer auf die Prager Reformkommunisten zu. In der CIA beobachtete man schon im Mai Truppenbewegungen im benachbarten Polen und in der Ukraine. Es machte sich Wunschdenken unter manchen Beobachtern in Washington breit, man versuche in Moskau nicht die neue Regierung in Prag zu



Warschauer-Pakt-Truppen, marschbereit an der Grenze, 20. August 1968. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

stürzen, sondern nur eine Moderation der Reformen zu erzwingen. Die kritische öffentliche Reflexion in den Prager Medien über die stalinistischen Säuberungen der frühen fünfziger Jahre sei allerdings dazu angetan, die gesamte sozialistische Bewegung durch den Schmutz zu ziehen. Die Mitarbeiter von Präsident Johnson faßten die Schlußfolgerungen der CIA so zusammen: »Moskau hat sich entschlossen, mit dem Säbel zu raseln, um die Tschechoslowakei zu beeinflussen, ihre Demokratisierung einzubremsen.«⁵

Zur selben Zeit Anfang Mai schlug der Unterstaatssekretär im State Department Eugene V. Rostow seinem Chef Außenminister Dean Rusk eine härtere Gangart gegenüber dem Kreml vor. Man müsse den Kremlobossen ein unmißverständliches Abschreckungssignal senden, daß nämlich eine Intervention in der Tschechoslowakei die gesamte Entspannungspolitik in Gefahr bringen könnte. Auf dem Spiel standen also die gesamte Entspannungspolitik, der »Brückenbau« mit dem Osten, der Harmel-Report zur Verbesserung der NATO-Beziehungen zum Ostblock, Brandts Ostpolitik

und überhaupt ein verbessertes politisches Klima in Europa. Rostow monierte, das amerikanische Versagen, die kommunistische Machtübernahme in Prag im Februar 1948 zu verhindern, sei »einer der größten Fehler unserer Außenpolitik seit dem Kriege« gewesen. Damals, »als wir das Monopol an Kernwaffen hatten, hätte eine robustere Diplomatie sogar den Kalten Krieg verhindern können«, meinte Rostow bedeutungsschwanger. Auch 1956 gaben die USA den Sowjets freie Hand in Ungarn. Rostows Schlußfolgerungen: »Die Russen zögern wohl. Der Moment ist deshalb jetzt, ihnen ein starkes Abschreckungssignal zu senden. Wenn sie einmal die Grenze überschreiten, wird es zu spät sein.« Oben auf diesem Schriftstück sind zwei Worte und die Initialen von Außenminister Rusk handschriftlich vermerkt: »No action.«⁶

Im State Department erwartete man das ganze Frühjahr hinweg eine Intervention des Sowjets. Am 9. Mai wurde aber immerhin im State Department eine »EUR[opa] Beobachtungsgruppe« eingerichtet, die die sich zuspitzende Krisensituation um die Tschechoslowakei rund um die Uhr beobachten sollte. Das Team wurde vom erfahre-

nen Direktor für Sowjetangelegenheiten im Außenministerium, dem späteren US-Botschafter in Prag und Moskau Macolm Toon angeführt. Zusammen mit dem Pentagon und den Vereinigten Stabschefs (*Joint Chiefs of Staff* = JCS) wurden die Pläne für den Ernstfall (*contingency planning*) überarbeitet. Man alarmierte die UN- und NATO-Botschafter und Gesandtschaften in Europa. Gegenüber dem britischen Botschafter meinte aber Außenminister Rusk, die Tschechoslowakei hätte eine gute Chance, sich ungeschoren aus der Affäre zu ziehen. Da Moskaus Intervention ausblieb, ließ man sich in Washington einlullen. Die USA verhielten sich auf jeden Fall ruhig und wollten da »nicht herumbasteln«. Auch der neue Verteidigungsminister Clark Clifford meinte im wöchentlichen Meeting mit seinen Mitarbeitern im Pentagon kategorisch – »wir halten uns da raus«.⁷

Das vielleicht entscheidende Treffen vor dem Einmarsch absolvierte Außenminister Rusk mit dem sowjetischen Langzeitbotschafter in Washington Anatoli Dobrynin am 22. Juli. Rusk gab Dobrynin unmißverständlich zu verstehen, die USA wolle sich

auf keinen Fall in der Tschechoslowakei »*einmischen*«. Nach dem Gesprächsprotokoll Dobrynins sagte Rusk ganz klar, diese Sache sei die interne Angelegenheit der Tschechen und des Warschauer Paktes (*«This is a matter for the Czechs first and foremost. Apart from that, it is a matter for Czechs and the other nations of the Warsaw Pact»*).⁸ Die passive Haltung von Rusk und Clifford, den beiden außenpolitischen Hauptberatern Johnsons, deutet klar darauf hin, daß Washington Moskaus Einflußsphäre in Osteuropa respektieren würde, wie man das bereits 1953 und 1956 bei den Aufständen in der DDR und Ungarn gepflogen hatte. Rusks Versicherung an Dobrynin wird in der Forschung als direkte »Absprache« mit dem Kreml beziehungsweise als »grünes Licht« für einen Einmarsch interpretiert. So hat es wohl der Kreml gesehen.⁹ Aus amerikanischer Perspektive war es eher der traditionelle Opportunismus der Interessensabsteckung im Kalten Krieg – eine vorsichtige US-Geopolitik, die eskalierenden Krisenszenarien im unmittelbaren Machtbereich der Sowjetunion aus dem Weg ging. Aus der Sicht der Kritiker der USA hat Washington wohl 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn sowie 1968 in der Tschechoslowakei »den Schwanz eingezogen« – von einer Befreiungspolitik der Satellitenstaaten konnte keine Rede sein, obwohl die Propagandalinie von Präsident Dwight D. Eisenhower 1953/1954 die »liberation of captive peoples« immer wieder betonte.¹⁰

Im späten Juli und frühen August nahmen die Gipfeldiplomatie der Warschauer Pakt-Staaten und der ungemeine Druck auf die Prager Reformkommunisten enorm zu. Auch in der NATO bereitete man sich auf den »Ernstfall« einer Intervention des gegnerischen Blockes in der Tschechoslowakei vor. Aber weder Brüssel noch Washington wollten die Sowjets provozieren, und auch die BRD warnte man vor »*provokativen Aktionen*«. ¹¹ Washington wollte die zahlreichen Signale nicht wahrnehmen, daß eine Intervention fast zwangsläufig kommen mußte, da Dubček nicht bereit war, dem Druck seiner »Bruderländer« stattzugeben, sein zunehmend gewagteres Reformwerk zurückzunehmen. Als CIA-Chef Richard Helms Präsident Johnson am 18. August warnte, daß ein ungewöhnliches Sommertreffen des Politbüros in Moskau darauf hindeute, es sei etwas im Schwange, wimmelte Johnson dezidiert ab – im Kreml rede man wieder einmal bloß über die USA. Als der Warschauer Pakt gar noch provokante Manöver in der Tschechoslowakei abhielt, mußte Nathaniel Davis, der Unterstaatssek-

retär für Europäische Angelegenheiten im State Department, resigniert feststellen, man sei für einen Militäreinsatz gänzlich unvorbereitet (*«we are not prepared to intervene militarily»*).¹²

Die Reaktion der Johnson-Administration auf den Einmarsch

Der Einmarsch von 250 000 Soldaten des Warschauer Paktes (manche sprechen von einer halben Million) erfolgte dann in der Nacht von Dienstag den 20. auf Mittwoch den 21. August. In Washington schien man total überrascht worden zu sein und Johnson wollte die Invasion nicht wahrhaben – er reagierte zuerst wie gelähmt. Noch in der Nacht des 20. August aber begann das US-Krisenmanagement anzulaufen.

Noch am Montag ließ Botschafter Dobrynin dem Weißen Haus einen handschriftlichen Text zukommen, die für den 21. August vorgesehene Pressekonferenz zur Ankündigung des Entspannungsgipfels im Oktober in Leningrad könne stattfinden.¹³ Johnson traf seine wichtigsten Berater jeden Dienstag zum traditionellen Lunch im Weißen Haus. Am 20. August ließ er allen ein Glas Sherry einschenken und toastete seinen Beratern lauthals auf den bevorstehenden Herbstgipfel zu: »*Das könnte der größte Erfolg meiner Administration werden.*« Beim Lunch wurde auch die Zuspitzung der Ereignisse in der Tschechoslowakei diskutiert, ohne daß Johnson große Sorge demonstrierte.¹⁴

Am Abend um 19.05 Uhr rief Dobrynin Johnson im Weißen Haus direkt an und bat um einen sofortigen Termin, da er dem Präsidenten eine sehr wichtige Botschaft aus Moskau zu überreichen habe. Bereits eine Stunde später verlas der Sowjetbotschafter die Hiobsbotschaft aus dem Kreml – die Invasion der Warschauer Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei sei bereits im Laufen. Die Kreml-Note sprach von einem »*Hilferuf der Tschechoslowaken*« an seine Alliierten. Und da es um die Zukunft des Sozialismus in der Tschechoslowakei und die Sicherheit Europas ginge, sei diesem Hilferuf gefolgt worden. Man hoffe im Kreml aber, daß damit den so wichtigen US-sowjetischen Beziehungen kein Schaden zugefügt werde. Johnson wollte offensichtlich den Einmarsch nicht wahrhaben, würde damit doch der vorgesehene Gipfel mit den Kremlherren im Herbst zunichte gemacht werden. Im Gespräch mit Dobrynin quasselte er weiter über die für den nächsten Morgen vorgesehene Pressekonferenz. Für Walt Rostow, den anwesenden Nationalen Sicherheitsberater Johnsons, muß dieses halbstündige

Gespräch mit Dobrynin äußerst peinlich gewesen sein.¹⁵

Das Krisenmanagement in Washington lief nun sofort an. Bereits um 22.15 Uhr, also eine gute Stunde nach Dobrynins Vorsprache, begann eine außerordentliche Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (*National Security Council* = NSC) im Weißen Haus. Johnson nannte die Meldung Dobrynins zwar eine »Bombe« (*«bombshell»*), schien aber immer noch nicht die Hoffnung auf einen Herbstgipfel mit den Sowjets aufgegeben zu haben. Der Chef des Joint Chiefs of Staff General Earle G. Wheeler machte allen rasch klar, daß ein militärisches Eingreifen nicht in Frage komme, da den USA nicht genügend militärische Kräfte zur Verfügung stünden (wohl wegen deren Einsatz in Vietnam). Außenminister Rusk fürchtete eine sowjetische Reaktion in Berlin, falls es zu einer direkten US-Aktion käme. Rusk machte klar, daß es jetzt auf die Reaktion der Tschechen und Slowaken selbst ankomme, die USA könne jedenfalls nur mit Propaganda-Aktionen in den Vereinten Nationen und über die United States Information Agency Rückendeckung geben. Johnson fühlte sich von den Kremlführern verraten und verkauft. Clifford meinte später resigniert: »*Für Johnson und seine Träume, für die Nation und die Welt, war es ein vernichtender Moment.*« Die knapp einstündige NSC-Debatte endete damit, daß man Rusk den Auftrag gab, Dobrynin noch in der Nacht mitzuteilen, der vorgesehene Herbstgipfel in Leningrad sei abgeblasen und die USA würden den UNO-Sicherheitsrat zur Verurteilung der Invasion anrufen. Rusk erledigte diesen Auftrag nach Mitternacht. Dem US-Botschafter bei den Vereinten Nationen George Ball gab man den Auftrag, den Sowjets das Leben schwer zu machen.¹⁶ Noch in der Nacht vom 20. auf den 21. August, als die Invasion der Warschauer Paktstaaten Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Ungarn in der Tschechoslowakei anließ, wurde es rasch klar, daß die USA diplomatische Störmanöver und Propagandaaktionen einleiten würden, aber nicht gewillt waren, auf den Einmarsch des Warschauer Paktes militärisch zu reagieren.

Bereits am nächsten Tag wurden die Auswirkungen der Invasion auf die Entspannungspolitik klar, aber auch die Chancen, die sich Johnson innenpolitisch auftaten. Noch in der Nacht aktivierte das State Department eine »*Czechoslovakia Task Force*« zum genauen Monitoring der Krise in der Tschechoslowakei und ihren Außenwirkungen auf die Europa- und Weltpolitik; deren Kern bestand aus der seit Mai



Panzer des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

bestehenden »EUR-Beobachtungsgruppe«. Präsident Johnson führte ab 8 Uhr früh am 21. August nach nur drei Stunden Schlaf in zahlreichen Telefongesprächen sein Krisenmanagement mit seinen Hauptberatern Rusk und Rostow weiter, wobei es vor allem um die einzuleitenden UN-Aktivitäten und die Feinabstimmung der am Mittag zu veröffentlichenden offiziellen Erklärung und Verurteilung des Einmarsch des Warschauer Paktes ging. Die Erklärung sollte nicht weiter aufwiegeln, da die Krise bisher unblutig verlaufen sei. Man wollte die Sowjetunion jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Invasion der Tschechoslowakei ein gewaltiger Schritt zurück in den kooperativen bilateralen Beziehungen sei. Die im Weißen Haus eintreffenden Analysen und Berichte der Geheimdienste machten klar, der Einmarsch unterminierte vor allem das gesamte Gerüst der Entspannungspolitik, inklusive Willy Brandts Ostpolitik.¹⁷

Im State Department legte George McGhee, der gerade von seinem Botschafterposten in Bonn zurückgekehrt war, eine gründliche Analyse vor, die sich vor allem mit den Folgen für das NATO-Bündnis beschäftigte. Zwar sei die NATO durch das Vorrücken der Warschauer Pakt-Streitkräfte bis an die Grenzen Westdeutschlands geschwächt worden. In Washington müsse man aber die Gelegenheit ergreifen, um dem Ansinnen von einflußreichen Senatoren wie Mike Mansfield, die amerikanische Truppenpräsenz in Europa stark zu reduzieren, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Mansfield, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Senat, hatte bereits seit Monaten für einen US-Truppenabbau in Europa agitiert, um die Westeuropäer damit zu einem bedeutenderen Beitrag in ihrer eigenen Verteidigung zu motivieren sowie das Fehlen von Reserven für den

Krieg in Vietnam zu entlasten. McGhee wagte zu hoffen, daß vielleicht sogar Frankreich seine schwierigen Beziehungen zur NATO überdenke (damit war der NATO-Ausstieg von Präsident De Gaulle 1966 gemeint).¹⁸ Der westdeutsche Botschafter Knappstein drückte im State Department seine Sorge darüber aus, die Sowjets könnten auch in Berlin den Druck erhöhen. Der deutsche Außenminister Willy Brandt gab am nächsten Tag Washington zu verstehen, die Sowjetunion hätte zwar die Auswirkungen der Besetzung der Tschechoslowakei auf die Ost-West-Beziehungen nicht einkalkuliert, seine Ostpolitik werde damit aber nicht ruiniert werden; er schob die Schuld für die Zuspitzung Walter Ulbricht in die Schuhe.¹⁹ Ein Hinweis darauf, wie schnell Präsident Johnson zur Routine überging, ist die Tatsache, daß er sich an diesem Mittwoch Nachmittag nicht sein eineinhalbstündiges Mittagsschlafchen nehmen ließ.²⁰

Am Donnerstagnachmittag, den 22. August, erörterte Johnson dann in einem Kabinettsmeeting mit seinen Ministern die »tschechische Situation«. Johnson machte kein Hehl daraus, wie sehr der Invasionschock ihn in seinen Entspannungsbemühungen desillusionierte; trotz der Enttäuschung gebe es aber keine Verpflichtungen, der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen, gebe es doch keinen gegenseitigen Beistandspakt. Der Präsident stellte kategorisch fest: »Der Kalte Krieg ist nicht vorbei.« Außenminister Rusk ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, ein militärisches Eingreifen der USA komme nicht in Frage, da damit ein Weltkrieg ausgelöst werden könnte (*»If there were military intervention, there would be world war«*). Rusk war sehr böse auf die rasch in der Welt um sich greifende Perzeption – heute würde man sagen die Vorstellung »moralischer Äquivalenz« –, die Invasion

des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei sei gleichzusetzen mit der amerikanischen Intervention in Vietnam. Verteidigungsminister Clifford wies wie McGhee in seinem oben zitierten Memorandum auf die Vorteile der Invasion hin – der Schock über den Einmarsch werde helfen, den von Kongreßabgeordneten geforderten US-Truppenabzug aus Europa zu verhindern. Jetzt, da Warschauer-Pakt-Truppen auch an der tschechischen Grenze zur BRD stünden, wäre eine derartige Truppenreduzierung für die NATO katastrophal.²¹

Am Freitag, dem 23. August hielt Johnson eine weitere Sitzung mit seinem außenpolitischen Beraterstab ab. Die Hauptberater auf der militärischen Seite, Verteidigungsminister Clifford und General Wheeler, mußten konzedieren, der Invasionsablauf der Warschauer Pakt-Truppen sei *»gut geplant, effizient und klug«* gewesen sowie rasch implementiert worden. Politisch sei der Einmarsch jedoch ein Desaster für die Sowjetunion. CIA-Direktor Helms meldete große Sorge an, die Krise könne auf Rumänien überschwappen. Die Rumänen seien äußerst furchtsam und mobilisierten bereits ihre Truppen. Rusk sang sein Liedchen vom Vortag – ein militärisches Eingreifen der USA sei nicht vorgesehen, man könne die Aggression lediglich an den Pranger einer entrüsteten Weltöffentlichkeit stellen. Die Experten des State Department warnten auch vor NATO-Aktionismus, würde damit doch nur die Propagandalinie des Kreml bestätigt werden, die NATO beziehungsweise die Bundesrepublik steckten unter einer Decke und hätten sich gegen die Tschechoslowakei verschworen.²²

Am selben Freitag traf Rusk wieder mit Dobrynin zusammen. Der sowjetische Botschafter machte dem amerikanischen Außenminister klar, daß der Warschauer Pakt keine andere Wahl hatte als zu intervenieren, da Dubček auf Grund der Pressefreiheit im Land die Kontrolle entglitten war und die Tschechoslowakei drauf und dran war, den Warschauer Pakt zu verlassen. Moskau hoffe aber, mit den guten bilateralen Beziehun-



gen zu den USA, der Abrüstungsagenda und der Entspannungspolitik fortzufahren. Rusk gab zu erkennen, dies sei wegen der Verurteilung der Invasion in der öffentlichen Meinung in den USA kaum möglich. Er beruhigte Dobrynin aber mit der Meldung, »daß im atomaren Zeitalter der Präsident alles unternahm, um das Konfliktpotential zu mindern.«²³ Wie so oft in den Ost-West-Auseinandersetzungen während des Kalten Krieges mußte eine erhöhte Propagandätätigkeit für eine aktive Politik erhalten. Wie rasch Präsident Johnson zum politischen Tagesgeschäft überging, ist daraus zu ersehen, daß er noch diesen Freitag auf seine geliebte Ranch in Texas in seinen Sommerurlaub flog. Damit schien für ihn die Krise so gut wie gelaufen zu sein. Nach der Interventionskrise in der Dominikanischen Republik im April/Mai 1965 – zu einem Zeitpunkt, als Präsident Johnson die Intervention in Vietnam markant eskalierte – gestand er seinem Freund Abe Fortas gegenüber in einem Telefongespräch: »I don't want to be an intervener.«²⁴ Im Fall der Krise in der Tschechoslowakei hielt er sich an seinen eigenen frommen Wunsch.

Die vielleicht beste Zusammenfassung der längerfristigen Folgen der Invasion und militärischen Besetzung der Tschechoslowakei durch die »Verbündeten« des Warschauer Paktes erfolgte durch Paul Warnke, den Abrüstungsexperten und Stellvertretenden Verteidigungsminister für Internationale Sicherheitspolitik, einen der engsten Berater von Clark Clifford im Pentagon. Zuallererst sei der Einmarsch ein erstklassiges politisches Debakel für die Entspannungspolitik der Sowjetunion. Warnke sah den Einfluß Moskaus auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien am Sinken, vor allem in Italien und Frankreich, wo KPI und KPF die Invasion auch anprangerten. Zudem hätten die kommunistischen Bruderstaaten Rumänien und die Volksrepublik China die Invasion verurteilt. Die Rumänen und Jugoslawen seien rastlos und verunsichert. Die Aggression des Warschauer Paktes deute vor allem auf »die Signifikanz der amerikanischen Präsenz in Europa hin«. Die Sowjets seien die Alten, und eine Aktion, die gegen die NATO gerichtet sei, könne nicht ausgeschlossen werden. Die Konsequenz, die im NATO-Hauptquartier

daraus zu ziehen sei, wäre die Notwendigkeit starker Defensivstellungen. Zudem sollte die Invasion den Druck von Senatoren wie Symington, Jackson und Mansfield und ihre Forderungen nach einem US-Truppenabzug aus Westeuropa außer Kraft setzen. Clifford zog den Schluß daraus, daß man in der Zukunft mit Moskau wieder aus einer Position der Stärke verhandeln müsse. Im Pentagon zog man also rasch den Schluß, die Invasion biete eine gute Gelegenheit, die auf Grund des Vietnamkrieges angeschlagene hegemoniale Stellung der USA in Europa zu stärken.²⁵

Krisen-»Spill Over«-Szenarien und Stärkung der NATO

Ende August bis in den September hinein geisterten Krisenszenarien durch Washington, Moskau und der Warschauer Pakt könnten von ihrem erfolgreichen Einmarsch in der Tschechoslowakei ermuntert werden, auch gleich in Rumänien und Jugoslawien aufzuräumen. Zudem wurde von manchen Beobachtern ein Überschwappen der Krise auf Österreich (im Zuge einer Invasion Jugoslawiens) bezie-

Links: Erster ziviler Protest auf dem Wenzelsplatz: »Soldaten, geht nach Hause! Dubček – Svoboda.« Rechts: Sowjetischer Panzerkommandant beim Einmarsch in Prag. Quelle: Ústav pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

hungsweise Berlin befürchtet. Vor allem grassierte die Sorge, Moskau könne die Gelegenheit der erfolgreichen Besetzung der Tschechoslowakei dazu benützen, die sich zunehmend vom Warschauer Pakt emanzipierenden Rumänen mit einer Invasion in die Schranken zu weisen. In der CIA stellte man fest, rumänische Diplomaten streuten Gerüchte von einem sowjetischen Truppenaufbau an der rumänischen Grenze – man wolle den aufmüpfigen Ceaușescu in die Grenzen weisen. Im Grenzgebiet von Ungarn zu Rumänien und Jugoslawien konnte der amerikanische Militärattaché in Budapest auf jeden Fall keine militärischen Vorbereitungen feststellen.²⁶ Trotzdem wollte Dean Rusk für jeden Eventualfall gewappnet sein und ließ die Aufgaben seiner »Czechoslovakia Task Force« auf die Beobachtung einer Intervention in Rumänien und Vorplanungen der amerikanischen Optionen ausbauen. Auch im Hauptquartier der NATO wurden die Truppenbewegungen des Warschauer Paktes, die gegen Rumänien und Jugoslawien gerichtet sein könnten, genau beobachtet.²⁷

Rusk warnte auch Dobrynin wiederholt, daß eine Ausweitung der Krise auf Rumänien verheerende Folgen haben könnte. Der Sowjetbotschafter meinte, solche Gerüchte seien aus der Luft gegriffen, er jedenfalls wisse nichts von Vorbereitungen auf weitere sowjetische Interventionen. Rusk ermahnte Dobrynin auch, jegliche Aktion, die gegen Westberlin gerichtet sei, hätte ernsthafteste Folgen.²⁸ Obwohl die besten Sowjetkenner – die Botschafter Charles Bohlen und Llewellyn Thompson (der auch in Wien zur Zeit der Staatsvertragsunterzeichnung als US-Botschafter gewirkt hatte) – die Chancen einer Invasion Rumäniens als sehr gering einschätzten, ging Präsident Johnson auf diese ausufernden Krisenszenarien Ende August in einer Rede in San Antonio kurz ein. Johnson donnerte, es gäbe zahlreiche Gerüchte, die Aggression gegen die Tschechoslowakei könnte »anderswo in Osteuropa wiederholt werden«. Ohne die Gefahr für Ru-



mänien beim Namen zu nennen, warnte Johnson Moskau unmißverständlich, man solle die Kriegshunde an der Leine halten (*»So, let no one unleash the dogs of war«*).²⁹

Die österreichische Gerüchteküche wurde Ende August vor allem von Wiener Verteidigungs- und Geheimdienstkreisen aufgeköcht. Die Präsenz der Warschauer Pakt-Truppen an der österreichischen Grenze gebe dem Ostblock eine gute Ausgangsposition zum Eingreifen in Rumänien und Jugoslawien. Der ÖVP-Verteidigungsminister und Haupt-Gerüchtestreuer Georg Prader malte düstere Szenarien an die Wand. Ausgewählte österreichische Regierungsmitglieder und Parlamentarier schreckte er mit der Meldung, Rumänien könnte schon im Lauf der zwischen 2. und 8. September vorgesehenen Manöver des Warschauer Paktes ohne viel Widerstand besetzt werden. Da der Westen vermutlich auf einen Angriff auf das im sowjetischen Einflußbereich liegende Rumänien kaum reagieren würde, könnte ein Angriff auf Jugoslawien als nächstes auf dem Programm stehen. Sollte sich dann aber in Jugoslawien signifikanter Widerstand regen, könnte der War-

schauer Pakt ein Ultimatum an Österreich für den Durchmarsch von Truppenkontingenten stellen. Sollte Österreich ein solches Ultimatum ablehnen, würde es von Warschauer-Pakt-Truppen besetzt werden. Die ganze Sache könnte bis Jahresbeginn 1969 gelaufen sein. Der amerikanische Botschafter Douglas MacArthur berichtete, daß Praders Gerüchten und Analysen vom Wiener Außenministerium und vor allem von SPÖ-Oppositionsführer Bruno Kreisky kein Glauben geschenkt werde. Die österreichischen Militärs argumentierten »aus dem Bauch heraus«, meinte der erfahrene US-Botschafter.³⁰ Die Vorsicht der österreichischen Armee sei daraus zu ersehen, daß die Truppen des Bundesheeres dreißig Kilometer hinter der Grenze stationiert seien, um ja keine Grenzzwischenfälle zu provozieren. Ansonsten spielte sich zwischen Wien und Moskau ein recht heftiger Propagandakrieg ab wegen Überflügen von Flugzeugen des Warschauer Paktes im nördlichen Österreich beziehungsweise sowjetischen Propaganda-attacken, man dulde in österreichischen Kasernen amerikanische Elitetruppen wie die »Green Berets« zwecks Vorbereitung von

verdeckten Operationen über die grüne Grenze in die Tschechoslowakei.³¹ Solche Propagandaschimären gehörten zu jeder Krise im Kalten Krieg wie das Gelbe zum Ei.

In der NATO reagierte man auf die »tschechische Affäre« und auf diese ausufernden Gerüchte mehr diplomatisch als militärisch.³² Daß der Einmarsch die »Vorwärtskapazität« des Warschauer Paktes aber kräftig stärkte, war allen im belgischen NATO-Hauptquartier klar. Die wichtigste Konsequenz daraus war, daß die Bereitschaftsanforderungen der NATO also rasch erhöht werden mußten. Die Bedrohungsgefahr sei merklich gestiegen, da die Vorwarnzeit kürzer geworden war und deshalb die Chance für Fehl kalkulationen gestiegen sei. US-NATO Botschafter Harlan Cleveland berichtete von »einer beinahe instinktiven Hinwendung zur NATO«. Da niemand an ein militärisches Eingreifen dachte, konnte man den Blick auf sich selber richten und das Augenmerk auf die Verteidigungsbereitschaft, Fragen der Solidarität innerhalb der Allianz und politische Zielsetzungen legen. Es wurde ein NATO-Gipfeltreffen überlegt, dann aber wieder verworfen, da man damit nur auf die Inaktivität der NATO in dieser Krise aufmerksam gemacht hätte. Wie Washington reagierte die NATO grundsätzlich nicht auf ein Vorgehen der Sowjetunion »in ihrem eigenen Reich«. Botschafter Cleveland erkannte jedenfalls auch, daß der »militärisch effektive aber politisch unbeholfene« Schlag den Richtungswechsel in der NATO zum Ausbau der Entspannung hin sowie den beiderseitigen Truppenabzug zunichte gemacht hatte. Washington nützte die Interventionskrise geschickt, um von seinen NATO-Partnern Erhöhungen ihrer Verteidigungsbudgets und größere Verteidigungsbeiträge innerhalb der Allianz zu erzwingen.³³

Vor allem auf die Westdeutschen machte man weiterhin gewaltigen Druck, das durch den Vietnamkrieg eskalierende amerikanische Zahlungsbilanzdefizit mit zusätzlichen Ausgleichszahlungen durch Waffeneinkäufe in den USA (*offset payments*) zu entlasten. Bei seinem Besuch im Weißen Haus Mitte September mußte sich der außenpolitische Sprecher der CDU Kurt Birrenbach von Präsident vorwerfen lassen, »während Rom am Brennen sei, schlafen die Europäer«. Das war eine Aufforderung an die Europäer, das Heft selber mehr in die Hand zu nehmen.³⁴ Die angesehene britische Historikerin Saki Dockrill stellt zurecht fest, für die von der tschechoslowakischen Krise angeschlagene NATO habe der Einmarsch

schlußendlich zur Stärkung beigetragen und sei somit »ein Segen« gewesen (*blessing in disguise*). Es war wohl eine Ironie der Geschichte, daß für die seit dem Austritt Frankreichs 1966 lethargische NATO nun das Vordringen des Warschauer Paktes in Mitteleuropa die Notwendigkeit der Existenz des Bündnisses neu bestätigte. Die Krise half der neuerlichen Festigung des angeschlagenen Bündnisses.

Schlußfolgerungen

Die unmittelbare Reaktion Washingtons auf den überraschenden Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei stand nach 48 Stunden bereits fest.

1. Zu keinem Zeitpunkt wurde ein ernsthaftes *militärisches* Eingreifen der USA oder der NATO in Erwägung gezogen; auf Grund des Vietnamkrieges fehlten die Streitkräfte dazu, und bei einem Einsatz im sowjetischen Einflußbereich in Osteuropa war eine Eskalation hin zu einem Nuklearkrieg zu befürchten, und dieses Wagnis wollte niemand eingehen.
2. Tschechischer und slowakischer Widerstand wurde ebenfalls als sinnlos erachtet, weshalb auch nie ernsthaft die Aufwiegelung einer Guerilla mittels Propagandaaktionen beziehungsweise *CLA covert operations* in Erwägung gezogen wurden.
3. Die übliche Propaganda zur Geißelung der sowjetischen Aggression vor der Weltöffentlichkeit konnte lediglich in den Vereinten Nationen und über die USIA dosiert eingeleitet werden.
4. Für die Geopolitik am bedeutendsten war die Tatsache, daß das gesamte Spektrum der Entspannungspolitik in Europa eingefroren wurde, wie sich herausstellen würde lediglich kurzfristig, da die Nixon-Administration die von Johnson begonnene Détente-Politik rasch wieder aufnahm und forcierte.
5. Washington nützte den Einmarsch klug, um dem Spuk von Forderungen des Kongresses nach US-Truppenabzügen aus Europa rasch ein Ende zu machen. Das neue Bedrohungsbild in Mitteleuropa kam gelegen, das nordatlantische Verteidigungsmittel militärisch zu stärken, von den westeuropäischen Alliierten einen höheren Verteidigungsbeitrag zu erzwingen und damit auch die mißliche US-Finanzlage ein wenig zu entlasten.
6. Die westliche Sorge, die Krise um die Tschechoslowakei könnte »im Block« auf Rumänien überschwappen beziehungsweise gar zu einer Intervention in Jugoslawien führen, stellte sich eher als Paranoia heraus, die kräftig über diplomati-

sche und Geheimdienstkanäle angefeuert wurde.

7. Wie schon im Juni 1953 beim Aufstand in der DDR und im Oktober/November 1956 bei der Revolution in Ungarn wurde rasch klar, daß die geopolitisch konservativen, aber umsichtigen Vereinigten Staaten in dem in Jalta 1945 festgelegten Einflußbereich der Sowjetunion nicht direkt eingreifen würden. Während des Kalten Krieges respektierten die beiden nuklearen Supermächte den jeweiligen Einflußbereich und dämmten somit die Krisen in ihren Blöcken ein.

Anmerkungen

- * Dieser Essay ist eine stark gekürzte Fassung meines Aufsatzes »No Action: Die USA Reaktion und die Invasion in die Tschechoslowakei«, der jüngst im Band von Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Beiträge*, Köln/Weimar/Wien 2008, 319–354, erschienen ist. Ich danke den Archivaren der Lyndon B. Johnson Library und des National Archives und Scott Manguno für ihre Hilfe bei der Archivrecherche, sowie Peter Ruggenthaler, Tom Schwartz und Mark Kramer für ihre kritischen Stellungnahmen und Verbesserungsvorschläge.
1. Zum Jahr 1968, vgl. Mark Kurlanski, *1968: The Year that Rocked the World*, New York 2004; Ronald Fraser (Hg.), *1968: A Student Generation in Revolt*, New York 1988; Terry H. Anderson, *The Movement and the Sixties: Protest in America from Greensboro to Wounded Knee*, New York 1995; David Bruner, *Making Peace with the 60s*, Princeton, NJ 1996; Arthur Marwick, *The Sixties: Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958-c. 1974*, Oxford 1998.
 2. Zur Johnson-Präsidentschaft vgl. Robert Dallek, *Lyndon B. Johnson, Portrait of a President*, Oxford 2004; Randall Woods, LBJ: *Architect of American Ambition*, New York 2006; Bruce J. Schulman, *Lyndon B. Johnson and American Liberalism: A Brief Biography with Documents*, Boston 2007; John L. Bullion, *Lyndon B. Johnson and the Transformation of American Politics*, New York 2008.
 3. Die Sekundärliteratur zu diesen Ereignissen ist sehr umfangreich. Einen guten Einstieg bieten Thomas Alan Schwartz, *Lyndon Johnson and Europe: In the Shadow of Vietnam*, Cambridge, MA 2003; Jeremi Suri, *Power and Protest: Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge, MA 2003; Vladislav M. Zubok, *A Failed Empire: The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill, NC 2007; Mark Kramer, *The Czechoslovak Crisis and the Brezhnev Doctrine*, in: Carole Fink u. a. (Hg.), *1968: The World Transformed*, Cambridge, UK 1998, 1110–1171; H. W. Brands (Hg.), *The Foreign Policies of Lyndon Johnson beyond Vietnam*, College Station, TX 1999; H. W. Brands, *The Wages of Globalism: Lyndon*

- Johnson and the Limits of American Power*, New York 1995; Robert A. Divine, Lyndon Johnson and Strategic Arms Limitations, in: Robert Divine (Hg.), *The Johnson Years. Bd. 3: LBJ at Home and Abroad*, Lawrence, KS 1994, 239–279; Mitchell B. Lerner (Hg.), *Looking Back at LBJ: White House Politics in a New Light*, Lawrence, KS 2005; Warren I. Cohen and Nancy Bernkopf Tucker (Hg.), *Lyndon Johnson Confronts the World: American Foreign Policy 1963–1968*, Cambridge 1994; Lawrence Kaplan u. a. (Hg.), *NATO after Forty Years*, Wilmington, DE 1990; Mitchell Lerner, Trying to Find the Guy Who Invited Them: Lyndon B. Johnson, Bridge Building and the End of the Prague Spring, *Diplomatic History* 21/3 (2008), 77–103; Hal Brands, Progress Unseen: U.S. Arms Control Policy and the Origins of Détente, 1963–1968, *Diplomatic History* 30/2 (2006), 253–285; John C. McGinn, The Politics of Collective Inaction: NATO's Response to the Prague Spring, *Journal of Cold War Studies* 1/3 (1999), 111–138; A. Paul Kubricht, Confronting Liberalization and Military Invasion: America and the Johnson Administration Respond to the 1968 Prague Summer, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 40/2 (1992), 197–212; Andreas Daum u. a. (Hg.), *America, the Vietnam War, and the World: Comparative and International Perspectives*, Cambridge, UK 2003; Alexandra Friedrich, *Awakenings: The Impact of the Vietnam War on West German-American Relations in the 1960s*, Ph.D. diss., Temple University, 2000.
4. Die Quellen zu diesem Aufsatz stammen aus den folgenden Sammlungen: die Akten des National Security Councils und andere Aktengruppen in der Lyndon Baines Johnson Presidential Library in Austin, Texas [LBJL]; zudem wurden zwei Aktengruppen der National Archives and Records Administration in College Park, Maryland [NARA] verwendet: erstens die Dokumente der Sammlung POL 27-1 COMBLOC-Czech, die Aktengruppe POL Czech – USSR DEF 4 NATO sowie die *Central Foreign Policy Files 1967–1969* [CFPF] in Record Group 59, General Records in the Department of State; zweitens die *Czech Crisis Files* (Lot 70 D 19) [CCF] im Office of the Executive Secretariat of the Department of State, ebenfalls in der RG 59 zu finden. Ich habe die amerikanischen Akten zur Dokumentensammlung von Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Dokumente*, Köln/Weimar/Wien 2008, beige steuert. Die US-Dokumente, die in der monumentalen Edition des Department of State regelmäßig veröffentlicht werden, sind zu finden im Band *Foreign Relations of the United States, vol. XVII: Eastern Europe 1964–1968*, Washington, D.C. 1996 [FRUS] abgekürzt; Akten aus anderen FRUS Bänden werden mit der Nennung des entsprechenden Bandes gekennzeichnet. Alle bedeutenden Reden und öffentlichen Statements von Präsident Johnson sind abgedruckt in Lyndon B. Johnson, *The Public Papers of the President of the United States, 1968–1969*, 2 Bde., Washington 1970 [PPP]. Es wird auch regelmäßig hingewiesen auf die Aufsätze, die veröffentlicht wurden im Begleitband von Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Beiträge*, Köln/Weimar/Wien 2008.
 5. »Saber-rattling« im CIA-Memorandum *The Czechoslovak Situation*, 9. Mai 1968, Folder 6, und *Present USSR Attitude toward Czechoslovakia*, Folder 3, beide Box 179, NSC Country Files Czechoslovakia, LBJL; vgl. auch den Aufsatz von Donald P. Steury in: Karner u. a., *Prager Frühling*, Beiträge (Anm. 4), 779–789.
 6. *Soviet threat to Czechoslovakia*, Rostow to Rusk, 10. Mai 1968, Folder 6/1/68, Box 1558, POL-Czech, RG 59, NARA.
 7. Memorandum *Pressures on Czechoslovakia*, Walter J. Stoessel, Jr. to Mr. Read, 9. Mai 1968, und Lawrence Eagleburger to Stoessel, 10. Mai 1968, beide in Folder 6, Box 179, NSC Country files Czechoslovakia, ebenda; *Memorandum of Conversation with Sir Patrick Dean*, 17. Juli 1968, Folder POL US – USSR 1/1/68, Box 2665, CFPF (Anm. 4), RG 59, NARA; Minutes, Secretary of Defense Staff Meeting, 29. Juli 1968. Box 18, Papers of Clark Clifford, LBJL. Walter J. Stossel, Jr., der Stellvertretende Unterstaatssekretär im Außenministerium für Europäische und Kanadische Angelegenheiten – der zur Zeit des Einmarsches seinen neuen Botschafterposten in Warschau antrat, meinte gegenüber seinem jungen Mitarbeiter Tom Simons damals: »We had expected [the intervention] so often over the duration of the crisis, and it had NOT transpired so often, that by the time it happened we were indeed surprised.« E-mail von Botschafter Thomas W. Simons, Jr. an den Autor, 22. Oktober 2008.
 8. Rusk's Aussage ist wiedergegeben in einer Resolution des Zentralkomitees vom 26. Juli 1968, vgl. Karner u. a., *Prager Frühling*, Dokumente (Anm. 4), Dok. 191. In der Gesprächsaufzeichnung des State Departments vom 22. Juli, Treffen mit Botschafter Dobrynin, ist Rusk's Botschaft nicht so klar und direkt, wie das Dobrynin nach Moskau berichtet – der Warschauer Pakt wird darin nicht erwähnt, sondern Rusk weist auf die »Brückenbau-Politik« der Johnson Administration mit Osteuropa seit 1965 hin: »He said we had not wished to involve ourselves directly in this matter, that the U.S. had been attempting to develop better relationships with Eastern European countries as well as with the Soviet Union« [meine Betonung], vgl. FRUS (Anm. 4), 212–214 (Zitat 213); vgl. auch Matthew J. Ouimet, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003, 34.
 9. Michail Prozumenščikov meint, daß mit Rusk's Aussage gegenüber Dobrynin »die USA der UdSSR eigentlich grünes Licht bezüglich ihrer Aktionen in der Tschechoslowakei« gab; vgl. seinen grundlegenden Aufsatz in: Karner u. a., *Prager Frühling*, Beiträge (Anm. 4), 205–241 (Zitat 226). Ouimet dagegen meint, daß man ohne klarere Aussagen in den Akten und zusätzliche Aktenfunde nicht von einem »grünen Licht« an Moskau sprechen könne, vgl. Brezhnev Doctrine (Anm. 8), 32–34.
 10. Dieser Vergleich wird in größerem Detail angesetzt im unveröffentlichten Aufsatz von Günter Bischof, *Respecting Cold War Boundaries: U.S. Responses to the Soviet Invasions of East Germany (1953), Hungary (1956), Czechoslovakia (1968)*, ein Vortrag, der in der Tagung zu Ehren von Charles S. Maier *Crossing Boundaries: International History in a Global Age*, American Academy, Berlin, am 7. Juni 2008, gehalten wurde.
 11. Vgl. auch den Aufsatz von Manfred Wilke in: Karner u. a., *Prager Frühling*, Beiträge (Anm. 4), 421–446.
 12. Ginsberg Memorandum for W. W. Rostow, 15. August 1968, Folder 3, Box 179 NSC Country File, Czechoslovakia, LBJL; zu Helms, vgl. Bennett Kovrig, *Of Walls and Bridges: The United States and Eastern Europe*, New York 1991, 114; Nathaniel Davis Memorandum *Czechoslovak Contingencies*, [ohne Datum], Folder 5, Box 179, NSC Country File Czechoslovakia, LBJL.
 13. Handschriftliche *Message by Soviet Ambassador Dobrynin and delivered 19. August 1968, the day before the invasion of Czechoslovakia*, Folder 1, Box 57, Special Head of State Correspondence, NSF, LBJL, vgl. Karner u. a., *Prager Frühling*, Dokumente (Anm. 4), Dok. 192. Rusk war überzeugt davon, daß ihm Botschafter Dobrynin nur drei Wochen früher versichert hätte, es sei keine Invasion geplant; vgl. Dean Rusk as told to Richard Rusk, *As I Saw It*, New York 1990, 351.
 14. Zitat in Clark Clifford (with Richard Holbrooke), *Counsel to the President: A Memoir*, New York 1991, 559; Johnson schrieb, daß die Meinungen über sowjetische Aktionen gegenüber der Tschechoslowakei geteilt gewesen seien und »er nicht ganz optimistisch war«; vgl. seine Memoiren *Vantage Point*, 487; vgl. auch John Prados, *Keepers of the Keys: A History of the National Security Council from Truman to Bush*, New York 1991, 194.
 15. Daily Diary, 20. August 1968, Box 16, The President's Daily Diary 1963–1969, und Dobrynin's offiziell überreichte Note mit der öffentlichen Erklärung des Kreml zur Invasionsbegründung in Appointment File [Diary Back-up], Box 108, beide in Papers of LBJ, LBJL; Treffen Johnson, Rostow mit Dobrynin im Kabinettszimmer, 20. August 1968, FRUS (Anm. 4), 236–241, wiederabgedruckt in Karner u. a., *Prager Frühling*, Dokumente (Anm. 4), Dok. 193. Vgl. auch Anatoli Dobrynin, *In Confidence: Moscow's Ambassador to American's Six Cold War Presidents*, New York 1995, 179 f.; Johnson, *Vantage Point*, 486; George W. Ball, *The Past Has Another Pattern: Memoirs*, New York 1982, 440. Für eine gute Zusammenfassung dieser Aussprache und Kritik an Johnsons Verwirrung, vgl. Schwartz, Johnson and Europe (Anm. 3), 216–220.
 16. *Notes of Emergency Meeting of the National Security Council*, 20. August 1968, 10:15 p.m., FRUS (Anm. 4), 236–241; auch wiederabgedruckt in Jaromír Navrátil u. a. (Hg.), *The Prague Spring 1968*, Budapest 2006, Dok. 109; Rusk, *As I Saw It* (Anm. 13), 351.

17. Department of State, Czech Task Force, 21. August 1968, Folder *State Situation Papers*, Box 182, NSC Country File Czechoslovakia, LBJL; Rusk telegrams to embassies in Bonn and Vienna and all US NATO Missions, 21. August 1968, Folder 8/21/68, Box 1993, POL 27-1 (Anm. 4), RG 59, NARA; W. W. Rostow memorandum for the President, 21. August 1968, Folder 3, Box 182, NSC Czechoslovakia Country File, LBJL; CIA memorandum *The Soviet Decision to Intervene*, und Thomas L. Hughes memorandum *Impact of Soviet Move on Western Europe – First Thoughts*, beide 21. August 1968, ebenda. Auf die zentrale Bedeutung der deutschen Frage auch an diesem Wendepunkt des Kalten Krieges sowie die große Angst der Sowjets vor einem erstarkenden Deutschland hat jüngst wieder Melvyn Leffler hingewiesen, vgl. *For the Soul of Mankind: The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007.
18. McGhee memorandum for Rusk, 21. August 1968, Folder 1, Box 1, CCF (Anm. 4), RG 59, NARA.
19. *Bohlen Briefing on Czech Situation*, Rusk to all NATO Headquarters, 22. August 1968, ebenda. Rusk hatte seine Kollegen über die Bedeutung von Berlin in der NSC-Sitzung am 20. August hingewiesen: »Khrushchev called Berlin the testicles of the West and when he wanted to create pressure he squeezed there« [meine Betonung], FRUS (Anm. 4), 243.
20. White House Press Release at 12:15 p.m., 21. August 1968, Appointment File [Diary Back-up], Box 108, LBJ Papers, LBJL; wiederabgedruckt in PPP (Anm. 4), 1968, II, 905.
21. Zum Transkript der Kabinettsitzung vgl. »Notes of Cabinet Meeting«, 22. August 1968, Folder 8/22/68, Box 14, Cabinet Papers, LBJL; Ein kürzere Zusammenfassung in FRUS (Anm. 4), 48f. Der Präsentation Johnsons für sein Kabinett lag das Memorandum von W. W. Rostow zugrunde, vgl. »Czechoslovakia – Talking Points for Today's Cabinet Meeting«, 22. August 1968, Folder 8/68, Box 179, NSC Czechoslovakia Country File, LBJL, abgedruckt in Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 4), Dok. 203. Rostow wollte der Entspannungspolitik noch eine Chance lassen und schrieb: »The Cold War is not over, but we should also understand that we cannot simply return to it« [meine Betonung]. Johnson schwächte den zweiten Teil des Satzes ab und meinte lediglich: »our relations with the Soviets are in transition«.
22. Summary of Meeting, 23. August 1968; vgl. auch Minutes of Secretary of Defense Staff Meeting, 26. August 1968, Box 18, Clifford Papers, LBJL.
23. Memorandum of Conversation (Rusk, Dobrynin, Thompson), 23. August 1968, Folder 23/8/68, Box 1994, POL 27-1 (Anm. 4), CFPF (Anm. 4), RG 59, NARA.
24. Das Telefongespräch vom 23. Mai 1968, wird zitiert in Randall B. Woods, *Conflicted Hegemon: LBJ and the Dominican Republic*, *Diplomatic History* 32/5 (November 2008), 749–766 (Zitat 765).
25. Minutes of the Secretary of Defense Meeting, 26. August 1968, Box 18, Clifford Papers, LBJL. Die Westdeutschen forderten eine Stärkung der NATO, vgl. die memoranda of conversation zwischen Kanzler Kiesinger und Henry Cabot Lodge, sowie Botschafter Lodge an Rusk, 5. und 18. September 1968, FRUS 1964–1968 (Anm. 4), Bd. 15, *Germany and Berlin*, Washington 1999, 733–737, 743–746, sowie die Zusammenfassung von Botschafter Lodge für den Präsidenten, 28. September 1969, ebenda, 750 f. Die beste Zusammenfassung des amerikanischen Machtverlustes auf Grund des Vietnamkrieges bietet George C. Herring, *Tet and the Crisis of Hegemony*, in: Fink u. a. (Hg.), 1968 (Anm. 3), 31–53.
26. CIA memorandum *Possible Soviet Threat to Rumania*, 23. August 1968, Folder *Cables 10/66-1/69*, Box 204, NSC Files, LBJL; Hillenbrand (Budapest) to Rusk, 28. August 1968, Folder 5, Box 2, CCF (Anm. 4), RG 59, NARA.
27. Rusk Memorandum *Expansion of Czechoslovakia to Ask Force to Include Romanian Contingency*, for President, 29. August 1968, Folder 9, Box 179, NSC Country File Czechoslovakia, LBJL; NATO #04389, Cleveland to Rusk, August 26, 1968, Folder 5, Box 2, CCF (Anm. 4), RG 59, NARA.
28. Memorandum of conversation (Rusk, Dobrynin, Thompson), 23. August 1968, FRUS (Anm. 4), 256; Rusk to Cleveland (NATO Mission), 31. August 1968; *Oral Communication from Ambassador Dobrynin of the USSR to Secretary Rusk*, August 30, 1968, beide Folder 9/20/68, Box 1997, POL 27-1 (Anm. 4), RG 59, NARA.
29. Das »Top Secret« Memorandum, das W. W. Rostow an den Präsidenten auf seiner Ranch in Texas am 30. August 1968 kabelte, ist informativer als der kurze Bericht von Rusk an die NATO Mission (vgl. die vorhergehende Fußnote), Folder 9, Box 179, NSC Country File Czechoslovakia, LBJL, abgedruckt in Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 4), Dok. 207; *Remarks in San Antonio at the Annual Convention of Milk Producers*, 30. August 1968, Johnson, PPP (Anm. 4), 1968, II, 917–920 (Zitat 920); vgl. auch Kovrig, *Of Walls and Bridges* (Anm. 12), 114; Dobrynins Versuch, die Gerüchteküche in Washington zu beruhigen, ist erwähnt im Memorandum of Conversation (Rusk und Norwegische Botschafter Gunmeng), 11. November 1968, Folder 6, Box 3, CCF (Anm. 4), RG 59, NARA.
30. Vienna #06326, MacArthur to Rusk (an Department of Defense), 30. August 1968, Folder »Vol. 17/641/69«, Box 163, NSC Country File Austria, LBJL. Präsident Johnson meinte auch, daß nach einem Einmarsch in Rumänien und Jugoslawien Österreich »das nächste Angriffsziel sein könnte«; vgl. Brands, *Wages of Globalism* (Anm. 3), 119; zu den befürchteten Krisenszenarien um Rumänien und Jugoslawien, vgl. auch die Aufsätze von Tvrtko Jakovina und Mihail Ionescu in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 4), 571–588, 605–616. Österreich als Drehscheibe und Spielwiese ausländischer Geheimdienste wird im Aufsatz von Dieter Bacher und Harald Knoll analysiert, vgl. Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 4), 1063–1074.
31. Vienna #06276, MacArthur to Rusk, Folder 5, Box 2, CCF (Anm. 4), RG 59, NARA; der österreichische Botschafter Walter Wodak in Moskau wurde vom Ballhausplatz angewiesen, im Kreml einen scharfen Protest gegen solche Anschuldigungen einzulegen, vgl. Vienna #06275, MacArthur an Rusk, 29. 8. 1968, ebenda; ein ähnlicher Protest von Charles Bohlen ist im Telegramm von Rusk an MacArthur, 28. 8. 1968, Folder 8/27/68, Box 1995, CFPF (Anm. 4), RG 59, NARA, erwähnt; die Moskauer Geschichte der »green berets« taucht auch im *Daily Situation Report* vom 28. August 28 der Czech Task Force des State Department auf, vgl. Folder 5, Box 2, CCF (Anm. 4), RG 59, NARA. Zu den Protesten von Außenminister Kurt Waldheim und Bundeskanzler Josef Klaus gegenüber dem sowjetischen Botschafter Boris Podcerob am 29. und 31. August vgl. Karner u. a., Prager Frühling, Dokumente (Anm. 4), Dok. 181 und 182; vgl. auch den Aufsatz von Peter Ruggenthaler in: Karner u. a., Prager Frühling, Beiträge (Anm. 4), 993–1006.
32. Zum größeren Kontext NATO und westeuropäische Verteidigung im Krisenjahr 1968, vgl. Schwartz, Johnson and Europe (Anm. 3), 187–222, und ders., Lyndon Johnson and Europe: Alliance Politics, Political Economy, in: Brands (Hg.), *Johnsons Foreign Policies* (Anm. 3), 37–60; Friedrich, *Awakenings* (Anm. 3); Frank Costigliola, Lyndon B. Johnson, Germany, and the End of the Cold War, in: Cohen/Bernkopf Tucker (Hg.), Lyndon Johnson (Anm. 3), 173–210; Frédéric Bozo, *Two Strategies for Europe. De Gaulle, the United States, and the Atlantic Alliance*, Lanham 2001, 187–218; Alfred Grosser, *Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg*, München 1982, 293–358; Richard Barnett, *The Alliance America-Europe-Japan. Makers of the Modern World*, New York 1983, und verschiedene Aufsätze in Kaplan u. a. (Hg.), *NATO after Forty Years* (Anm. 3). Zu den finanziellen Herausforderungen der amerikanischen Regierung vgl. auch Hubert Zimmermann, *Who Paid for America's War? Vietnam and the International Monetary System, 1960–1975*, in: Daum/Gardner/Mausbach (Hg.), *America, the Vietnam War, and the World* (Anm. 3), 151–173.
33. NATO #04388, *NAC Discussion of Warsaw Pact Threat to NATO*, Cleveland an Rusk, 26. August 1968, und NATO #04375, Cleveland an Rusk, 26. August 1968; NATO #04447 Cleveland an Rusk, 29. August 1968, Folder 5, Box 2, alle CCF (Anm. 4), RG 59, NARA.
34. Memorandum of Conversation (Eugene Rostow, Birrenbach u. a.), 10. September 1968, Folder 6, Box 3, CCF (Anm. 4); LBJ Zitat in Schwartz, Johnson and Europe (Anm. 3), 220; die Bedeutung der Invasion für die NATO wird auch angesprochen im Memorandum of Conversation (Birrenbach, Rusk u. a.), 9. September 1968, FRUS 1964–1968 (Anm. 4), XV, 737–740.

Prof. Dr. Günter Bischof, Center Austria, Metro College, University of New Orleans, New Orleans, LA 70148, U.S.A., gjbischo@uno.edu